

Regensburg, 6. Oktober 2014

Lieber Frank,

der Protest von Flüchtlingen in den Räumen des DGB-Gewerkschaftshauses Berlin-Brandenburg, verbunden mit der Forderung an alle Mitgliedsgewerkschaften des DGB, Flüchtlingen die Mitgliedschaft zu ermöglichen, hat noch einmal deutlich gezeigt, dass auch ver.di hierzu klar Stellung nehmen muss.

Unsere Antwort an die Flüchtlinge kann nur lauten:

Werdet Gewerkschaftsmitglied!

Organisiert euch gemeinsam mit uns für die Rechte aller Lohnabhängigen, egal ob mit deutschem Pass oder ohne, egal ob mit Aufenthaltstitel oder ohne!

Wir, die ver.di Jugend Oberpfalz, unterstützen den selbstorganisierten Protest der Flüchtlinge gegen die deutsche und bayerische Asylpolitik seit über zwei Jahren.

Am 11. Juli 2012 errichteten Flüchtlinge am Regensburger Neupfarrplatz ein Protestcamp gegen die inhumane Asylpolitik in diesem Land. Als Gewerkschaften haben wir in Regensburg gemeinsam mit zahlreichen anderen Organisationen, Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen das Protestcamp der streikenden Flüchtlinge, das zwei Monate lang den Regensburger Neupfarrplatz zum Ort des Widerstands und Ungehorsams machte, unterstützt. Ebenso wie den darauf folgenden Protestmarsch der Flüchtlinge nach Berlin, der den Widerstand auf der Straße in die Hauptstadt der Republik getragen hat und den Protestmarsch der Flüchtlinge durch Bayern in die Landeshauptstadt München.

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unterstützen wir diesen Protest, weil der Umgang mit Flüchtlingen in diesem Land für uns nicht hinnehmbar ist.

Es ist unerträglich, dass Flüchtlingen Deutschkurse verweigert werden, mit der zynischen Begründung, dass sie sich in diesem Land gar nicht integrieren sollen.

Es ist unerträglich, gerade für uns als Gewerkschafter_Innen, dass den Flüchtlingen verweigert wird, einer normalen Lohnarbeit nachzugehen.

Es ist unerträglich, dass Menschen einer Residenzpflicht unterworfen werden. Dass Menschen die Möglichkeit verweigert wird, sich frei und ungehindert zu bewegen.

Und es ist unerträglich, dass Menschen in diesem Land in Lager gepfercht werden und sich dort wie im Gefängnis eingesperrt fühlen.

Als Gewerkschaften können wir zu dieser inhumanen und menschenverachtenden Politik nicht schweigen und müssen diejenigen unterstützen, die sich selbst organisieren und für ihre Interessen kämpfen.

In den zwei Jahren, in denen wir den Protest nun unterstützen, konnten wir als Gewerkschaftsjugend von den Flüchtlingen einiges darüber lernen, wie man für seine Interessen und seine Rechte kämpft.

Indem sie nicht in ihren Lagern blieben, sondern ihre Zelte auf der Straße aufgeschlagen haben, haben sie ein Stück des gegen sie gerichteten Unterdrückungsapparates herausgebrochen.

Mit ihrem dauerhaften Protest auf der Straße haben sie den Lagerzwang für sich praktisch aufgehoben.

Indem sie nicht in den ihnen zugewiesenen Orten geblieben sind, sondern in einem Protestmarsch nach Berlin gezogen sind, haben sie ein weiteres Stück aus dem Unterdrückungsapparat gebrochen.

Mit jedem Schritt des Marsches haben sie die Residenzpflicht ein Stück mehr aufgehoben.

Von der Entschlossenheit, mit der sie für ein besseres, ein menschenwürdiges Leben –und zwar für alle –auf die Straße gegangen sind, konnten wir einiges lernen.

In diesen zwei Jahren wurde uns jedoch auch immer deutlicher, dass der Kampf der Flüchtlinge für ihre Rechte auch ein Kampf für unsere Rechte ist.

Während in Deutschland demokratische Rechte immer mehr abgebaut werden, z.B. die Versammlungsfreiheit eingeschränkt wird oder die Überwachung immer weiter voran schreitet, und sich nur wenig Widerstand dagegen regt, während in Deutschland soziale Errungenschaften zerschlagen werden und eine massive Umverteilung von unten nach oben stattfindet und sich viel zu wenig Widerstand dagegen regt, währenddessen gingen die Flüchtlinge auf die Straße um die elementarsten Grundrechte der Menschen einzufordern, um ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen einzufordern.

Sie gingen auf die Straße, um ein menschenwürdiges Leben, ein Leben ohne Unterdrückung und in Freiheit für sich und uns alle einzufordern.

Dafür wollen wir uns gemeinsam mit ihnen in unserer Gewerkschaft organisieren und kämpfen.

Aufgrund einer rassistischen Sondergesetzgebungen dürfen Flüchtlinge keiner legalen Beschäftigung nachgehen und werden in die Illegalität gedrängt.

Ihre Rechte können sie nur organisiert gemeinsam mit anderen Lohnabhängigen in unserer Gewerkschaft erkämpfen.

Wir fordern daher den ver.di Bundesvorstand und insbesondere dich, lieber Frank, dazu auf, umgehend Möglichkeiten zu schaffen Flüchtlinge gleichberechtigt, mit allen Rechten, in ver.di aufzunehmen.

Denn eine Gewerkschaft, in der Flüchtlinge keinen Platz haben sollen, ist nicht die unsere!

Mit solidarischen Grüßen

ver.di Jugend Oberpfalz